

Verbändeallianz zur Stärkung der Holzwärme

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz
Herrn Dr. Robert Habeck MdB
10115 Berlin

04.10.2023

Stellungnahme zum offenen Brief der Umweltverbände „Verbrennung von Waldholz eindämmen“ vom 14.09.2023

Sehr geehrter Herr Minister,

wir sind eine Allianz von zehn Verbänden, die die gesamte Wertschöpfungskette der modernen Holzenergie vertritt und die sich die gerechte Bewertung dieser klimapositiven Energieform zum Ziel gesetzt hat. Der an Sie gerichtete offene Brief „Deutschland muss die Verbrennung von Waldholz eindämmen!“ der Umweltverbände kann nicht unkommentiert bleiben.

Das Schreiben zeigt einmal mehr den anhaltend dramatischen forst- und holzpolitischen Kompetenzverlust der Unterzeichner. Auch wenn diesen Verbänden traditionell umweltpolitische Expertise zugeschrieben wird, schützt dies offenbar nicht davor, Fehlinformationen zur Waldpolitik und zum Holzmarkt zu verbreiten. Wir möchten anhand der in dem offenen Brief gemachten Aussagen darlegen, dass und warum wir diese Einschätzung für gerechtfertigt halten.

Ergänzend sei auf den von 550 Wissenschaftlern aus dem Bereich der Forstwirtschaft und verwandter Sachgebiete unterzeichneten offenen Brief (<https://rb.gy/axgyt>) an das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission verwiesen, in dem die Wissenschaftler bereits letztes Jahr im Oktober weitverbreitete Fehlinformationen zur energetischen Holznutzung aus fachlicher Sicht klargestellt haben.

Klimawirkung der Holzenergie in Deutschland positiv statt negativ

Es lässt sich bei vollständiger Betrachtung aller Effekte zeigen, dass die Klimawirkung der Holzenergie positiv ist, wenn sie durch nachhaltigen Holzeinschlag erfolgt und solange sie fossile Energieressourcen substituiert. Negativ ist die Klimawirkung der Holzenergie in der Tat dann, wenn das Holz aus Raubbau an Wäldern stammt. In diesem Fall ist die Aussage, dass Holzenergie per se als treibhausgasneutral eingeordnet wird, tatsächlich differenziert zu betrachten. Dort, wo die Waldfläche immer weiter zurückgeht, gilt diese Aussage nicht.

Für Deutschland und die allermeisten europäischen Länder jedoch hat diese Unterscheidung keine Bedeutung, da hier Waldfläche und Holzvorräte seit Jahrzehnten kontinuierlich zunehmen und auf einem Rekordniveau sind. Es ist also Fakt, dass in Deutschland Holz aus nachhaltiger

Waldbewirtschaftung – stofflich oder energetisch genutzt – klimaneutral ist. Das stellen die Umweltverbände fälschlicherweise grundsätzlich in Abrede.

Nachhaltige Nutzung von Wäldern für die Bewertung von Holzbrennstoffen entscheidend!

Die negative Bewertung der Klimawirkung der Holzenergie durch die Umweltverbände kommt zustande, weil sie nicht zwischen Raubbau an Wäldern und den verschiedenen Formen der nachhaltigen, multifunktionalen Waldwirtschaft unterscheiden. Diese Unterscheidung ist umwelt-, naturschutz- und klimapolitisch aber von höchster Bedeutung! Die unterzeichnenden Umweltverbände formulieren das in ihrem offenen Brief so: *„... ist die Klimawirkung der Verbrennung von Waldholz eindeutig negativ – unabhängig von der „Nachhaltigkeit“ der Forstwirtschaft.“*

Hintergrund für diese Aussage ist der immer stärker grassierende, aber hier nicht explizit dargelegte falsche Ansatz der Einzelbaumbetrachtung. Ihm liegt zugrunde, dass es Jahrzehnte oder Jahrhunderte brauche, bis das Holz eines gefällten Baums nachgewachsen sei. So kann man nur argumentieren, wenn man die in der nachhaltigen Forstwirtschaft gängige Flächenbetrachtung, bei der zählt, dass nicht mehr eingeschlagen wird als nachwächst, nicht akzeptiert. Diese falsche Sichtweise ist auch Grundlage der Forderung der Umweltverbände, die CO₂-Emissionen der Waldholzenergienutzung sollten in die CO₂-Bepreisung einbezogen werden. Hierbei wird der fundamentale Unterschied zwischen biogenem CO₂, das sich im steten Kreislauf aus Atmosphäre und Biosphäre befindet, und prähistorischem CO₂ aus fossilen Energieträgern ignoriert.

Fehlende Differenzierung: Nur noch Verbrennung von Holz statt Holzenergienutzung?

Es setzt sich bei den Umweltverbänden immer stärker die Formulierung durch, dass die energetische Nutzung von Holz generell als „Holzverbrennung“ bezeichnet wird. Damit wird jegliche Form der Holzenergie begrifflich mit der schlichten Verbrennung von Holz in Lagerfeuern, auf Abfallhalden oder bei der Brandrodung gleichgesetzt. Das Ziel ist klar: Die Nutzung von Holzenergie soll in jeglicher Form mit negativen Assoziationen belegt werden und der Eindruck entstehen, das Holz würde einfach nur sinnlos verbrannt, anstatt in modernen, effizienten und sauberen Anlagen zur erneuerbaren Energiegewinnung eingesetzt zu werden.

Differenzierung zwischen verschiedenen Holzenergieformen erforderlich

Es ist ein großer Unterschied, ob Holz in Kraftwerken mit geringen Wirkungsgraden verstromt oder in modernen Holzheizkesseln emissionsarm und mit hohen Wirkungsgraden für Gebäude- oder Prozesswärme genutzt wird. Es macht auch einen Unterschied, in welchen Energiemärkten es welche Alternativen zu Holz als Substitut für fossile Energien gibt.

Diese bestehen in bestimmten Teilen des Wärmemarktes, anders als z.B. im Strommarkt, speziell bei Gebäuden mit hohem Wärmebedarf, bei Wärmenetzen oder für Prozesswärmeanwendungen im mittleren Temperaturbereich bisher kaum. Hier ist der Einsatz von Holzenergie als kurzfristig verfügbare erneuerbare Energie notwendig, um schnell aus fossilen Energien aussteigen und die Wärmewende bezahlbar umsetzen zu können.

Kaskadennutzung nicht überall möglich

Wo es technisch möglich und ökonomisch sinnvoll ist, Holz stofflich zu nutzen, wird dies vom Holzmarkt geregelt. Eine stoffliche Nutzung von Holz, auch eine mehrfache Nutzung (Kaskaden-

nutzung), ist zwar für fast alle Holzsegmente technisch möglich, aber nicht immer ökonomisch und logistisch sinnvoll. Daran scheitert letztlich auch die geforderte Vorgabe, dass nur Holz, das stofflich nicht verwertet werden kann, energetisch genutzt werden darf. Das betrifft auch große Waldholzsegmente vor allem aus dem Kleinprivatwald. Wird die Kaskadennutzung – wie von den Umweltverbänden verlangt – zu einer umfassenden ordnungs- oder förderrechtlichen Vorgabe, dann werden große Holzsegmente von der Nutzung faktisch ausgeschlossen. Das wäre nicht nur volkswirtschaftlich schädlich, sondern auch klimapolitisch kontraproduktiv.

Die Frage, welche Holzsegmente sich in welchen Regionen für eine stoffliche Nutzung eignen, und welche ggf. auch bereits bei ihrer Erstnutzung nur energetisch verwertbar sind, unterliegt im Zeitverlauf ständigen Veränderungen. Eine zielführende Entscheidung darüber kann nur in einem vollständigen Wettbewerb der holz- und forstwirtschaftlichen Unternehmen fallen. Der Staat kann für diesen Wettbewerb keine sinnvollen ordnungsrechtlichen oder förderrechtlichen Vorgaben machen.

Noch mehr Holzvorrat kontraproduktiv

Dem von den Umweltverbänden formulierten Satz „*Nie zuvor waren wir so dringend auf den Erhalt und die Wiederherstellung von intakten Waldökosystemen angewiesen wie jetzt.*“ ist zuzustimmen. Leider ziehen sie für die mitteleuropäischen Wälder daraus die völlig falsche Schlussfolgerung, wenn die verstärkte Fortsetzung der jahrzehntelangen Vorratsanreicherung auch in Zeiten des Klimawandels als der richtige Weg postuliert wird.

Es wäre falsch, in windwurf- und kalamitätsgefährdeten Wäldern die Holzvorräte durch Nichtnutzung weiter ansteigen zu lassen. Aus forst- und holzwirtschaftlicher Sicht kann es nur *eine* Schlussfolgerung aus der Gefährdung der Wälder durch den Klimawandel durch Dürren, Kalamitäten und Stürme geben: Der Waldumbau von überalterten und zuwachsschwachen Reinbeständen hin zu optimal durchforsteten, vielfältigen und strukturreichen Mischwäldern ist die beste Möglichkeit, den Wald „klimafit“ zu machen und dabei seine CO₂-Senkenfunktion langfristig zu erhalten.

Aktiver Waldumbau erfordert eine regelmäßige Waldpflege und regelmäßige Durchforstungen, bei denen ein Teil des Baumbestandes entnommen wird, sowie eine aktive Bejagung. Der von den Verbänden geforderte Verzicht auf Holzeinschläge würde das Gegenteil bewirken. Außerdem erhöht er das Risiko, dass die Holzvorräte vollständig, und zwar ungenutzt, Kalamitäten wie Stürmen und Schädlingen zum Opfer fallen und damit ohne Nutzung und somit Substitutionsleistung CO₂ freisetzen. Diese Forderung ist daher klimapolitisch höchst kontraproduktiv.

Anforderungen der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung für Großanlagenbetreiber konzipiert und für Kleinanlagenbetreiber ungeeignet

Die Forderung der Umweltverbände, alle Holzenergieanwendungen im Bereich Gebäude und Industrie müssten die Anforderungen der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung erfüllen, geht komplett an der Realität vorbei. Sie verkennt, dass diese Anforderungen für Großanlagen (ab 20 MW) konzipiert sind und mit der RED III bereits eine deutliche Ausweitung (durch die Absenkung auf 7,5 MW) vorgenommen wird. Betreiber von häuslichen Holz- und Pelletfeuerungen sowie Anlagen unterhalb der Größengrenze können den nötigen Zertifizierungsaufwand nicht leisten und sind deshalb zu Recht nicht von der RED III erfasst. Von Kleinanlagenbetreibern diesen Aufwand zu fordern, wäre vollkommen unverhältnismäßig und realitätsfremd.

Die Einhaltung der Anforderungen an eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ist von zentraler Bedeutung und sollte entlang der Holzverwertungskette in geeigneter Weise sichergestellt werden. Zusätzlich zur neuen Entwaldungsverordnung braucht es hierfür jedoch keine weiteren ordnungsrechtlichen Vorgaben.

Internationale Narrative statt Bezug zu den Verhältnissen in Deutschland und der EU

Anders als noch vor zehn Jahren verweigern sich die Umweltverbände heute jeglicher Differenzierung – sowohl bei der Forstwirtschaft und im Speziellen bei Holzenergie. Vielmehr ordnen sich die deutschen Umweltverbände unabhängig von den nationalen und europäischen Verhältnissen in ihren Bewertungen immer mehr dem Narrativ der internationalen Umweltverbände unter, das stark von der Tropenwaldzerstörung und der in den allermeisten Ländern gängigen Kahlschlagsnutzung geprägt ist. Dass Raubbau am Wald in Europa allenfalls die Ausnahme ist, wird leider komplett ausgeblendet.

Sehr geehrter Herr Minister,

an einer regelmäßigen Überprüfung von Subventionen auf ihre Angemessenheit und ihren Bedarf hin ist nichts auszusetzen. Das gilt auch für die Förderung von Holzfeuerungsanlagen. Dies sollte aber auf einer fachlich und energiewirtschaftlich angemessenen Grundlage erfolgen und nicht anhand von Mythen, verdrehten Informationen und Fehlinterpretationen, die Grundlage des Schreibens der Umweltverbände an Sie sind.

Aufgrund der gravierenden inhaltlichen holz- und forstwirtschaftlichen Defizite der Forderungen der Umweltverbände im Hinblick auf die Wald- und die Holzenergienutzung ist dringend davon abzuraten, diese Umweltverbände bei diesen Themen noch als Ratgeber ernst zu nehmen.

Gerne stehen wir für ein Gespräch hierzu zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Hauptgeschäftsführerin
AGDW – Die Waldeigentümer
e.V.



Geschäftsführer Politik
Bundesverband Bioenergie e.V.



Geschäftsführer Technik
Bundesverband der Deutschen
Heizungsindustrie



Vorstand Technik
Bundesverband des Schorn-
steinfegerhandwerks



Geschäftsführer
Deutscher Energieholz- und Pel-
let-Verband e.V.



Geschäftsführerin
Deutsche Säge- und Holzindust-
rie Bundesverband e.V.



Geschäftsführer
Familienbetriebe Land und
Forst e.V.



Geschäftsführer
Industrieverband Haus-, Heiz
und Küchentechnik e.V.



Geschäftsführer
Initiative Holzwärme



Geschäftsführer Technik,
Zentralverband Sanitär, Heizung, Klima